

II- 1388 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 680 J

1976 -10- 06

A N F R A G E

-----

der Abgeordneten Dr. BUSEK, Dr. BLENK, Dr. ERMACORA,  
und Genossen  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung  
betreffend Eingriffe des Bundesministeriums für Wissen-  
schaft und Forschung in die Hochschulautonomie

Im Zuge der Einsparungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung mit Erlaß vom 9.9.1976 (Zl. 148/97-110/76) die Universitäten angewiesen, daß sie die Ausschreibung von freiwerdenden Dienstposten von Assistenten erst nach Rückfrage und Zustimmung des Bundesministeriums vornehmen dürfen. Die Beurteilung, ob ein freiwerdender Dienstposten ausgeschriben und damit wieder besetzt werden kann, obliegt somit nicht mehr den akademischen Behörden, sondern dem Bundesministerium. Es muß bezweifelt werden, ob das Bundesministerium beurteilen kann, wie weit ein Dienstposten eines. Assistenten für den Lehr- und Forschungsbetrieb an den Universitäten notwendig ist. So hat auch der Verband der Professoren der Österreichischen Hochschulen in der Sitzung vom 29.9.1976 festgestellt, daß dieses Verfahren eine erhebliche Behinderung des gesamten Lehr- und Forschungsbetriebes der Universitäten bewirken würde und einen eklatanten, rechtswidrigen Eingriff in die Universitätsautonomie darstellt.

Diese Auffassung wurde auch in einer Protestversammlung der Hochschullehrer und Studenten an der philosophischen Fakultät der Universität Salzburg am 5.10.1976 vertreten. Es muß bezweifelt werden, ob diese Maßnahme einen zweckmäßigen Beitrag zur Einsparung von Dienstposten im öffentlichen Dienst darstellt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Erlaß des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 9.9.1976, in dem die akademischen Behörden angewiesen werden, die Ausschreibung von freiwerdenden Dienstposten von Universitäts-Assistenten erst nach vorheriger Zustimmung des Bundesministeriums vorzunehmen, eine unverbindliche Aufforderung an die akademischen Behörden oder eine verbindliche Weisung im staatlichen Wirkungsbereich der Universitäten?
- 2.) Falls dieser Erlaß als eine Weisung zu werten ist, halten Sie dies vereinbar mit den Bestimmungen über den autonomen Wirkungsbereich der Universitäten?
- 3.) Wie viele Dienstposten von Universitäts-Assistenten wollen Sie auf diese Weise einsparen?
- 4.) Welche Richtlinien bestehen für die Zustimmung des Bundesministeriums zur Ausschreibung von freiwerdenden Dienstposten von Universitäts-Assistenten?
- 5.) Ist durch diese Richtlinien sichergestellt, daß bei der Entscheidung des Bundesministeriums betreffend die Ausschreibung von freiwerdenden Dienstposten jeweils die konkreten Bedürfnisse des Lehr- und Forschungsbetriebes berücksichtigt werden?